

-der Fraktionsvorsitzende-

Zum Haushaltsplan 2005 der Stadt Erkrath:

Die Leitidee fehlt

Eine Stadt lebt nicht vom Geld allein

Sehr gute Gewerbesteuerentwicklung

Vom Tiefpunkt der Gewerbesteuerentwicklung im Jahr 2001 in Höhe von 11.3 Mio. € bis zum Ergebnis 2004 in Höhe von 29,5 Mio. € ist eine sehr erfreuliche Entwicklung zurückgelegt worden, auf welche der Bürgermeister mit Recht stolz sein kann. Gegen die Annahme, es ginge so weiter, spricht allerdings die zunehmende Dynamik der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Und diese geht manchmal eher schneller nach unten als nach oben.

Der Bürgermeister spart, und es gelingt hoffentlich mit dem Medienentwicklungsplan für Schulen trotzdem eine zukunftsweisende Schwerpunktbildung im Haushalt zu markieren, die wir unterstützen. Das geht aber nur mit Personal für die Wartung, denn abgestürzte Computer sind im Unterricht so viel wert wie gar kein Computer.

Wir haben immer weniger junge Menschen, von denen eine gewisse Dynamik zu erwarten ist. Diesen haben wir im letzten Jahrzehnt immer weniger Ausbildungsressourcen (Land und Kommune zusammen betrachtet) gegeben. Eine Stadt, ein Land das sich aufgeben will, muss genau so verfahren. Umso bedeutender ist das Signal, dass wir an dieser Stelle gegensteuern.

Bei insgesamt guter Einnahmeentwicklung und Sparsamkeit im Haushalt sollte eine positive Haushaltsperspektive vorgelegt werden. Das Gegenteil ist der Fall: Erkrath kann das Haushaltssicherungskonzept nicht einhalten, die Stadt muss länger auf den Ausgleich ihres strukturellen Defizits warten. Wie kann man diese Disparität erklären?

Wer saugt das Geld aus Erkrath ab?

Die BmU unterstützt den Kurs des Bürgermeisters, keine freiwillige Übernahme eines 50 %igen Anteils an den Sozialhilfekosten gegenüber dem Kreis zu erklären, wie es viele kreisangehörige Städte und die Kreisspitze erwarten. Es hätte also noch um 2,3 Mio. € schlimmer kommen können.

Genauso muss heute das Sportinvestitionskonzept des Kreises abgelehnt werden, bei dem Erkrath 1,7 Mio. € aufbringen muss, um in den Genuss von 1,5 Mio. € "Zwangsinvestitionen" zu kommen. "Zwangsinvestition" deswegen, weil alle Städte, die auf den Förderbetrag verzichten, nicht etwa weniger Kreisumlage zu zahlen haben. Selbst jene Städte, deren Sportstätten in Ordnung sind, werden jetzt Sportstätten bauen, umbauen oder renovieren, umlagerelevant für den Kreishaushalt und damit auch für die Stadt Erkrath. Warum überhaupt ein Sportförderkonzept? Warum nicht ein Konzept zur Betreuung der Kinder unter drei

Jahren? Warum nicht ein Konzept zur Förderung der Medien an Schulen? Oder ein Konzept zur Förderung von Berufsqualifizierungen, ein Existenzgründerkonzept? Ein Konzept zur Entwicklung eines dezentralen Netzwerkes mit Tagesbetreuung für Demenzkranke? Auch hier erwarte ich angesichts der schwierigen Finanzsituation eine klare Absage der Stadt Erkrath und vor allem der Mehrheitsfraktion wie des Bürgermeisters an das Sportinvestitionsprogramm. Das Bemühen des Kreises, investive Maßnahmen trotz HSK in einzelnen Städten zu ermöglichen, ist im Grundsatz ja sehr richtig, da wir bei Beibehaltung des Sparkurses im investiven Bereich einen schleichenden Substanzverzehr des öffentlichen Vermögens zu besorgen haben. Dass dies aber im Jahre der Einführung von Hartz IV und insgesamt einem Jahr großer struktureller Verwerfungen der Kommunalhaushalte geschehen muss, ist nicht nachzuvollziehen.

Man kann nur hoffen, dass die Zusage des Superministers Clement, die Verluste aus Hartz IV, im Kreisgebiet insgesamt 6,5 Mio. €, würden vom Bund ausgeglichen, ja sogar Mittel für die Betreuung der runter Dreijährigen freiwerden, wirklich eingelöst wird. Mit diesem Risiko ist dieser Haushalt zusätzlich belastet.

Mit stolz geschwellter Brust hat die Bundesregierung verkündet, 4 Milliarden € in den Ausbau zur Ganztagsbetreuung zu stecken. Dass sich der Finanzminister auf Kosten der dort zu betreuenden Generation 40 Milliarden neuer Schulden leistet interessiert da schon weniger.

Der Kreis selber hat mit um ca. 10 % gesenkten Etats der Ämter einen beachtlichen Beitrag zur Konsolidierung geleistet und durch den freiwilligen Gang in das HSK die Städte in den letzten beiden Jahren geschont. Aber auch der Kreis muss die Kreisumlage drastisch erhöhen. Von 2001 mit ca. 15 Mio. € steigt die Kreisumlage für Erkrath auf Schwindel erregende 22 Mio. €. Woher kommen diese Belastungen, die den Gewerbesteuerzuwachs fast neutralisieren?

Zum einen steigen die Umlagen des Landschaftsverbandes Rheinland obwohl die Aufgaben des Landschaftsverbandes weniger werden. Der Landschaftsverband wird auch von Parteien kontrolliert, bitte sorgen Sie wenigstens für Klarheit, warum wir hier so viel Geld einerseits verlieren, andererseits in Erkrath so wenig Gegenleistung ankommt.

Der Kreis ist, auch durch den Beitrag Erkraths, so steuerstark geworden (+ 40 Mio. €), dass ihm alle Einnahmen aus dem Finanzausgleich weg gebrochen sind. Wie kann es sein, dass der an Einnahmen drittstärkste Kreis der Bundesrepublik trotzdem seinen Haushalt nur durch Umlagesteigerung aus dem nicht vorhandenen Geld der kreisangehörigen Städte ausgleichen kann? Hier ist das Land und die Landesregierung gefragt, an den Stellschrauben der Bedarfskriterien zu drehen und vorzurechnen, warum der Kreisbürger weniger wert ist als der Kölner, dem pro Kopf mehr Mittel aus dem Steuertopf zugestanden werden.

Landesregierung, Landschaftsverband, Kreistag bei all diesen Entscheidungsträgern gibt es in erster Linie auch eine politische Verantwortung, die sich in der Regel in der Anonymität abdukt.

Angeregt sei auch die Umstellung des NKF deutlich vor 2008 / 2009. Velbert hat schon jetzt seinen Haushalt umgestellt. Offenkundig stellen die meisten Kommunen erst im letzten Moment um mit der Folge, dass uns für die Schulungen die Referenten fehlen werden.

Ist die Stadt Erkrath also nur der "Letzte" den die Hunde beißen? Das unglückliche Opfer, das keine Chance hatte?

Dem ist keinesfalls so.

Ich will nicht ausfallen, wie die Stadt z.B. durch den Betrieb zweier Hallenbäder die Schulden so in die Höhe getrieben hat, dass sie heute unter beträchtlichen Zinslasten, also Ausgaben ohne jede Gegenleistung für die Bürger, leidet.

In diesem Jahr hat die Mehrheit des Rates 500.000€ für das Neandertalmuseum bereitgelegt. Als das Museum in der Euphorie des neuen Konzeptes und des Anfangs hohe Besucherzahlen verzeichnete, war es ein Museum der Kreisgemeinschaft. Jetzt, wo es finanziell enger wird, da der Ansturm der Besucher abebbt, ist es plötzlich eine Aufgabe vorwiegend der Stadt Erkrath. Wir lehnen diese Ausgabe ab, die Kreisgemeinschaft soll das von ihr ins Leben gerufene erfolgreiche Projekt auch weiter am Leben halten. Erstaunlich wie viel Geld in Erkrath also noch da ist. 25% der Südtrasse wären mit diesem Geld im investiven statt im konsumtiven Bereich schon finanziert.

Dass noch Geld da ist, zeigen auch die 80.000 € für den Bavierpark, obwohl man gerade hier erst die Entwicklung des Posegeländes und die Zukunft von Karstadt abwarten sollte.

Wie man auch Geld verschwenden kann zeigt die gegen die Stimmen der BmU erteilte Auftragsvergabe eines Gutachtens zur Gestaltung des Parks Morp, der ausführlich im UWA vorgestellt wurde. Wie der Haushaltsplan 05 richtig ausweist, ist für die Umsetzung des Planes keinerlei Geld vorhanden – dies auf absehbare Zeit -. Das hätte Jedermann schon vorher wissen können. Warum also Geld für einen Auftrag vorher ausgeben?

Dieses Prinzip wird seine Fortsetzung im Gutachten für die Pflasterung des Hochdahler Marktes finden. Die CDU setzt dafür 60.000 € an. Warum dieses Geld ausgeben, solange die Gesamtmaßnahme auf keinen Fall finanziert werden kann?

Straßen

Nur durch den Einspruch der BmU-Fraktion vom 8.6.04 und der SPD Fraktion vom 9.6.04 konnte in letzter Sekunde der bereits endgültige Beschluss des Umweltausschusses durch die CDU aufgeschoben werden, dass die Kattendahler Str. für über 480 000 € ausgebaut wird. Übrig bleiben für den Steuerzahler über 60.000€ verlorene Planungskosten allein für dieses Projekt. Hätte man sofort auf den Rat der BmU oder der Bevölkerung gehört, wäre das nicht passiert.

Die Aufgabe des Projektes durch die CDU war richtig. Aber wo bleibt die Umsetzung des Versprechens "Wir sorgen für die Verkehrssicherheit" (RP vom 28.10.04: Millrath ohne Kreisel). Der entsprechende BmU-Antrag, den Schotterweg, der als Schulweg benutzt wird, für 15.000 € zu pflastern, wurde bei den Haushaltsplanberatungen merkwürdiger Weise von der CDU abgelehnt. Die CDU hat keine 15.000€ übrig, um einen Schulweg zu pflastern – beantragt aber 60.000 € allein für die Planung eines neuen Pflasters am Hochdahler Markt trotz HSK und findet kein Wort zu den Finanzierungschancen!

Dabei beantwortet der Haushaltsplan in der Sparte Straßenausbau nicht die wichtigsten

Fragen Erkraths:

I) Wir brauchen eine Ausbauplanung für die Neanderstraße um

- in die Warteliste des Landesbetriebes Straßenbau zu kommen
- zu einer Verkehrsberuhigung zu kommen
- für Pose eine attraktivere äußere Erschließung zu schaffen
-

II) Wir brauchen die Südspange um Alt- Erkrath insgesamt verkehrstechnisch zukunftsfähig zu machen.

Ginge man nach verkehrlichen und wirtschaftlichen Prioritäten vor, dann müsste man alle zurzeit im Haushalt vorhandenen Straßenausbauprojekte zugunsten von Planungen für Neanderstraße und Südspange streichen. Dieser BmU-Antrag wurde auch abgelehnt.

Fazit: Ein erheblicher Teil des Defizits und der falschen Schwerpunkte ist hausgemacht in Vergangenheit und Gegenwart.

Der Letzte, den die Hunde beißen, ist der Bürger.

Die allgemeine Finanzkrise lässt schon erste Wohlstandsverluste spürbar werden. Die Senkung und Kontrolle der Gebühren und Abgaben von Otto Normalverbraucher müssen in einer Zeit finanzieller Engpässe breiterer Bevölkerungsschichten eigentlich im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Arbeit stehen. Leider wurde unser Antrag auf Errichtung eines Finanzausschusses mit dieser Aufgabenstellung von der CDU kommentarlos abgelehnt. Auch unsere Anträge durch maßvolle Erweiterungsschritte des Parkfriedhofes (zur Zeit sollen Flächen erschlossen werden bis zum Bedarf von 2033) die unvermeidbare Gebührenerhöhung maßvoller zu gestalten wurden von der CDU abgelehnt, mit der Umlage der Kosten des so genannten Laubsackes auf die allgemeinen Müllgebühren wird man in den nächsten Jahren noch drastische Steigerungsraten erfahren. Die Entwässerungssatzung ist offenkundig für Otto Normalverbraucher, erst recht für den Nutzer des sozialen Wohnungsbaues ungerecht – trotzdem will die CDU warten, bis auch für Erkrath wie in Hilden ein Gericht ihnen das bescheinigt.

Gerade in dieser Zeit sollte die Stadt einen Beitrag für die Bürgerschaft leisten können, indem sie durch niedrigere Gebühren bei den Stadtwerken unter Verzicht auf Gewinn die Gas- und Strompreise nur moderat anpasst. Indem der Haushalt nach wie vor in den nächsten Jahren 1,5 Mio. € Einnahmen aus dem Stadtwerkegewinn ansetzt, unterstellt er einen hohen Betriebsgewinn der zusätzlich durch die Verluste des neues Bades am falschen Standort belastet wird. Zuführungen in gleicher Höhe zur Eigenkapitaldeckung der Stadtwerke unterstellt sind wieder die Gebührenzahler die Letzten, die die Hunde beißen.

Zum Schluss soll der Bürger die Zeche durch Gebührenerhöhungen und Steuererhöhungen bei gleichzeitig weniger werdenden Leistungen bezahlen. Schon jetzt ist klar, dass er damit völlig überfordert ist. Dass der sinkende Einkommensteueranteil Erkraths eine Folge dieser wirtschaftlichen Entwicklung und damit ein sich selbst

verstärkender Effekt ist, ist offenkundig. Wir leben schon jetzt finanziell so, dass unsere weniger werdenden Nachkommen die Zeche zahlen müssen.

Finanzpolitik allein ist seelenlos

In einer komplizierter werdenden Welt, in der wir vor allem den Verlust an Engagement des Einzelnen für das Gemeinwohl zu beklagen haben, ist die Hauptaufgabe des Rates und des Bürgermeisters, alle, möglicherweise sogar widerstrebenden, Kräfte für Erkrath zu einem Bündel zu schnüren, das Erkrath voranbringt. Steuergeld ist in einer Gesellschaft mit Massenarbeitslosigkeit und krisenhafter Finanzentwicklung, einem massiven demographischen Zukunftsproblem, einem Bildungsproblem und Vandalismus keine Antwort zur Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt. Geld ist nicht mehr die dominierende Antwort auf die Gretchenfrage.

Die einzige zukunftsfruchtige Idee, ist die Idee des nachbarschaftlichen Miteinanders. Nur so kann Lebensqualität nicht nur gesichert, sondern auch noch gesteigert werden. Mit der Gießkanne über die Vereinsförderung, besonders die Sportförderung zu gehen, ist das Konzept von gestern mit dem Ergebnis von gestern. "Gemeinschaft braucht einen Raum, in dem sie stattfinden kann" so hat es Robert Kennedy gesagt. Wir brauchen ein Stadtentwicklungskonzept, das die Aspekte der Nachbarschaft, der Nachbarschaftsschule in den Mittelpunkt stellt. Dies muss professionell angegangen werden und da reicht kein Neujahrsgruß mit freundlichen Appellen, wenn er denn stattfindet, oder ein Neujahrsempfang mit Beschimpfungen um diese Kräfte zu wecken und zusammenzuhalten. Wir haben zu diesem Zweck die Entwicklung eines extern moderierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes unter der Leitidee der Nachbarschaften beantragt. So kann man das wichtigste Kapital Erkraths, das Herz ihrer Bürgerinnen und Bürger aktivieren.

Wählen wir ein Exempel:

Die Verwaltung legt einen Spielplatzbedarfsbedarfsplan vor, der aus Kostengründen die Aufgabe von 54 Spielflächen vorsieht. So baut man keine Stadt für Familien. So bereitet man die Stadt auf ihren Vergreisungsprozess vor. Man möchte weinen.

Was ist eigentlich das Problem?

Man wolle damit kein Geld verdienen, da der Verkauf als Bauland ggf. die Planungskosten gerade mal decken. Bleibt als eigentliches Problem also die jährlichen Unterhaltungskosten der zurzeit nicht mit Spielgeräten genutzten Flächen.

Auf dieses Problem gibt es eine einfache und klare Antwort: Schaffen sie Raum für bürgerschaftliches, nachbarschaftliches Engagement und Spielplatzpatenschaften. Wenn ich sehe, dass ganze Straßen Unterschriftenlisten für den Erhalt einer Fläche abgeben, dann kann man diesen Impuls als Stadt nur ummünzen in eine wirkungsvolle Patenschaft. Aber dazu fehlt es in dieser Stadt, die Vergangenheit hat es gezeigt, an einer förderlichen Kommunikationskultur.

Die CDU ebnet in der kurzen Zeit seit der Kommunalwahl bürgerschaftliches Engagement ein:

- Das Stadtmarketing war für die CDU nur eine fünfte Kolonne der SPD;
- die evangelische Kirche haben Sie z.T. aus der Vertretung im Jugendhilfeausschuss herausgewählt;

- die Arbeitnehmer der Stadtwerke aus der Verantwortung der Stimmberechtigung abgewählt;
- das Papier zur Stadtentwicklung von einer wackeren Schar unterschiedlicher Herkunft in jahrelanger Arbeit entwickelt, liegt in der Schublade; der Beschluss des Rates zur Entwicklung eines Stadtentwicklungskonzeptes ohne Fortschritt;
- im Schulausschuss durften betroffene Eltern ihre Meinung nicht kundtun, im PIUV stimmte die CDU zum größten Teil auf Anhörung einer Investorin zu, obwohl der Fall gar nicht zur Beratung anstand;
- die CDU wollte statt der kostengünstigeren 13er Ausschüsse ihre absolute Mehrheit durch die 15er Ausschüsse restaurieren;
- das preisgekrönte Modell für das Posegelände, auch Ergebnis von Bürgerbeteiligung und Fachverstand hohen Rangs, haben sie gestutzt;
- die Aufstellung des Denkmals für die Opfer des Nationalsozialismus, eine Initiative aus der Bürgerschaft, wartet seit 6 Jahren auf Realisierung, eine städtische Gedenkfeier aus Anlass des 60. Jahrestages des Kriegsendes – die Chance, Gemeinsamkeiten der Demokraten gegen alle Extreme zu leben – haben Sie abgelehnt;
- die Schäden der Flut werden mit 10.000 €, dem Griff in die Steuer, gemildert, statt in einer Veranstaltung mit Information und Unterhaltung bürgerschaftliches Engagement zu wecken;
- Spielplatzpaten und Grünpaten haben in den letzten Jahren die Brocken z.T. hingeschmissen usw.
-

Statt eine Kultur bürgerschaftlichen Engagements zu pflegen ebenen Sie die Meinungsvielfalt und Aktionsgemeinschaften ein.

Die Richtung, die die BmU der Stadt geben möchte, drückt sich in dem Antrag aus, der Rat der Stadt möge in dem Haushalt 50.000 € für ein extern moderiertes Stadtentwicklungskonzept, das die ökonomischen und sozialen Ziele der Stadt wieder zusammenführt, ausgeben. So bilden Sie die Realitäten, so hart sie auch sind, ab und zeigen eine Entwicklungslinie auf. Stimmen Sie zu, dann haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Der Unwille der Politik, den Realitäten Rechnung zu tragen, basiert dabei wie immer auf dem Unwillen der Bevölkerung, dies zu honorieren. Was einmal mehr die letzte Kommunalwahl bewiesen hat. Trotzdem, die Wahrheit ist zumutbar. Und sie ist voller Chancen für Erkrath.

Bernhard Osterwind

22.02.2005

- es gilt das gesprochene Wort -